

Teuerung und Nationalbank

1. Ein verspäteter Widerlegungsversuch. 2. Aus der nationalökonomischen Elementarschule. 3. Böse Rechenfehler. 4. Ein verzerrtes Bild. 5. Der wirkliche Grad der Teuerung. 6. Die Enteignung des Mittelstandes um 200 Millionen Franken. 7. Schlusswort.

1. Ein verspäteter Widerlegungsversuch

Bereits sind wir bei der vierten Serie unserer Artikelserie über diesen Gegenstand angelangt. Die erste Serie war am 2. März und folgenden Tagen erschienen und schloß mit einer bedeutsamen Antwort des Herrn de Haller, Generaldirektors der Schweizerischen Nationalbank. Einen Monat später fand die ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank statt, in der die Herren Hirter als Präsident des Bankrates, und Burckhardt, Präsident des Direktoriums der Nationalbank, in ihren Ansprachen zur Auffassung des „Bund“ Stellung nahmen. Diesen Anlaß benutzten wir zu einer Fortsetzung unserer währungspolitischen Betrachtungen (9. April und folgende Tage). Nachdem dann die Angelegenheit auch den Nationalrat beschäftigt hatte, erlaubte sich die „N. Z. Ztg.“ am 7. Juni unversehens, uns ganz unmotiviert einen Streich zu verfehen. Wir zögerten nicht, den Streich nach dem etwas abgeänderten christlichen Rezept zu erwidern und forderten die Redaktion der „N. Z. Ztg.“ „ausdrücklich auf, entweder redaktionell oder durch einen Fachmann den Versuch zu machen, unsere Artikel Satz für Satz zu widerlegen“ (am 12. Juni). Dieser freundlichen Einladung ist jetzt, nachdem sie sich einige Muße gegönnt hat, die Handelsredaktion als solche in zwei größeren Leitartikeln des politischen Teils in den Nummern 966 und 971 vom 23. und 24. Juli nachgekommen.

Inzwischen ist dieser Widerlegungsversuch der „N. Z. Ztg.“ freilich durch die Ereignisse überholt worden. Am 4. Juli hat das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank den Zinsfuß für Lombarddarlehen von 5 auf 5 1/2 Proz. erhöht und gleichzeitig den Willen kundgegeben, „dem Ansteigen des Notenumlaufs entgegenzuwirken und in vermehrtem Umfange Bundeskassanweisungen im freien Markte zu plazieren“. Wir hatten im „Bund“ nichts anderes gefordert. „Entweder,“ so schrieben wir am 3. März, „man wählt einen den tatsächlichen Verhältnissen angepaßten Zinsfuß, oder man hat eine ununterbrochene Verteuerung aller Dinge in Kauf zu nehmen!“ Und weiter führten wir am 13. April eine Stelle aus einer letztes Jahr von uns veröffentlichten Abhandlung an, worin es hieß, daß die den Umständen gemäß zu niedrigen offiziellen Diskontsätze die Regierungen (einschließlich der eidgenössischen) veranlaßt haben, „die Notenbanken durch kurzfristige Schatzwechsel, die man stets erneuern ließ, zu beanspruchen, anstatt an den Kapitalmarkt zu gelangen“. „Ob unsere Artikel,“ schrieben wir in einem Kommentar zur Nachricht über die Erhöhung des Lombardsatzes, „der Bankleitung den Entschluß erleichtert haben, wagen wir natürlich nicht zu fragen und ist schließlich auch gleichgültig“. Die Hauptsache ist in der Tat, daß die Nationalbank zur tausendfach erprobten Diskontpolitik, d. h. der Regulierung der Währung durch eine zweckentsprechende Veränderung des Diskont- und Lombardsatzes, zurückkehrt. Wird dieser Absicht tatkräftig und konsequent nachgelebt, so ist unsere Aufgabe in dieser Hinsicht erledigt. Wir haben nichts anderes als unsere Ueberzeugung nach bestem Wissen und Gewissen verfochten und glauben, damit unsere Pflicht getan zu haben. Wenn wir nun nichtsdestoweniger noch einmal das Wort in dieser wichtigen Sache ergreifen, so geschieht es in der Hoffnung, das unbedingt nötige Verstandnis für die Handhabung der Diskontpolitik unserer Nationalbank in weitesten Kreisen zu fördern.

2. Aus der nationalökonomischen Elementarschule

Wir beginnen zweckmäßig mit dem schwerwiegendsten Einwande der „N. Z. Ztg.“. Unsere ganze Argumentation baute sich auf dem jedem Kaufmann geläufigen Gesetze von Angebot und Nachfrage auf. Erklärt sich beispielsweise irgend eine Preiserhöhung nur teilweise aus einem Rückgang des Angebotes, so muß angenommen werden, daß sich die Nachfrage ebenfalls verändert hat und zwar derart, daß zusammen mit dem Rückgang des Angebotes jene Preissteigerung zustande kommen konnte. Diese einfache und unangreifbare Ueberlegung haben wir auch auf unsere schweizerischen Verhältnisse angewendet. Da die durchschnittliche Verteuerung aller Waren nur zum Teil auf die

durchschnittliche Warenverknappung zurückgeführt werden kann, entfällt der Rest logischerweise auf eine entsprechende Zunahme der Nachfrage, verursacht durch die übergroße Ausgabe von neuem Noten- und Girogeld.

Der Einwand des Kritikers in der „N. Z. Z.“ ist nun derart typisch für eine gewisse populäre Denkrichtung, daß wir es uns nicht versagen können, die wichtigsten Teile wörtlich zu zitieren: „In diesen paar Sätzen liegt eine hübsche Kollektion theoretischer Irrtümer, wie man sie nicht immer in solcher Reinkultur bei einander findet. Es gibt außer Warenknappheit und Geldangebot noch andere wichtige Faktoren der Teuerung. Gerade auf der Seite des Angebots wirkt ein Faktor in sehr wesentlichem Maße auf die Teuerung ein, den man am allerwenigsten in diesem Krieg sollte außer acht lassen dürfen: das ist, ganz abgesehen von aller Knappheit der Waren, die physische Erschwerung der Produktion, die eine Erhöhung der Produktionskosten für einen großen Teil der Waren im In- und Auslande bewirkt. Dabei ist der Begriff der Produktion in dem weiten Sinne gefaßt, daß die Transportkosten, namentlich die riesigen Verteuerungen der Frachten und der Versicherungsprämien, ferner die Ausfuhrzölle des Auslandes und so vieles andere, was den Verkehr erschwert und verteuert, mit in Betracht fallen. Diese Erhöhung der Produktionskosten schlagen wir in ihrer Wirkung auf die Teuerung höher an als die Warenknappheit. Wird aber die Wirkung der Produktionsverteuerung in Rechnung gebracht — und sie ist, wie gesagt, tiefgreifend —, so reduziert sich entsprechend oder verflüchtigt sich der Anteil des angeblichen schweizerischen Notenüberflusses an der Teuerung.“

Sehr einleuchtend, nicht wahr? Gewiß, für Leute, die den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen vermögen. Wir wollen die artige Methode an einem Beispiel erläutern: An eine Lokomotive werden zwei Wagen gekoppelt und der Zug hierauf in Fahrt gesetzt. Frage: Was ist nun die eigentliche Ursache, daß der zweite Wagen sich bewegt? Natürlich die Lokomotive; wäre sie nicht im Gange, so würde sich weder der erste noch der zweite Wagen vom Fleck rühren. Weit gefehlt, sagt unser Kritiker: Es sind zwei durchaus selbständige Ursachen vorhanden, die nebeneinander wirken und infolgedessen mit doppelter Kraft an dem zweiten Wagen ziehen: Einmal die Lokomotive und ferner, mit annähernd derselben Kraft, der erste Wagen! Ergebnis: Der zweite Wagen läuft zweimal so rasch wie Lokomotive und erster Wagen. Bestünde der ganze Zug aus einer Lokomotive und fünf Wagen und würde man wiederum die Frage stellen: warum läuft der fünfte Wagen? so erhielte man zur Antwort: Es gibt fünf Ursachen: Zunächst die Lokomotive, dann der erste usw. bis vierte Wagen, und zwar wirken diese Kräfte nicht etwa hintereinander, sondern alle gleichzeitig und unabhängig voneinander auf den fünften Wagen ein, dem sich somit die verfünffachte Kraft der Lokomotive mitteilt.

Und nun die Anwendung auf unseren Fall. Jedermann weiß, daß der Preis von Angebot und Nachfrage abhängt. Lassen wir hier die Nachfrage völlig außer acht. Die Größe des Warenangebots wird nun ihrerseits bedingt durch die Höhe der Produktionskosten. Die ausländischen Gesteungskosten, Schiffs- und Bahnfrachten, Versicherungsprämien, Ausfuhrverbote und zölle und die zahllosen schikanösen Formalitäten — alle diese Umstände erschweren unsere Zufuhr, verringern das ausländische Warenangebot in der Schweiz. Die Gesteungskosten im Auslande gehen wieder zurück auf die Erhöhung der Arbeitslöhne und des Kapitalzinses. Die Arbeitslöhne sind gestiegen infolge der Verwendung von Millionen von Männern zu militärischen Zwecken und der Tatsache, daß der Ersatz durch alte Männer, Frauen und Minderjährige kein vollständiger sein kann. Die ausländischen Transportkosten haben sich vervielfacht, weil Schiffsraum teils verächtet, teils, wie auch die Eisenbahnwagen, militärischen Zwecken dienstbar gemacht wurden und der Preis der Kohle maßlos emporgeklüffert ist. Die Höhe des Kohlenpreises ist bedingt durch Arbeiter- oder Transportmittel-Mangel. Die Versicherungsprämien haben eine Erhöhung erfahren, weil die Gefahrenmenge zugenommen hat, d. h. weil tatsächlich auf Schiffen und in Lagerhäusern Waren zugrunde gehen, so daß die Wahrscheinlichkeit des Verlustes größer geworden ist. Sollen wir die Liste fortsetzen? Es wird kaum nötig sein. Aber einem Einwurf wollen wir doch noch begegnen: Trozdem Deutschland doppelte Kohlen-

preise verlangt, kommen allem Anschein nach mehr Kohlen ins Land; also ist die neueste Erhöhung der Kohlenpreise nicht durch einen größeren Kohlenmangel in der Schweiz bedingt, sondern durch die willkürlichen Preisforderungen des Auslandes! Nur vergißt man bei diesem, für sich allein betrachtet richtigen Einwand, daß, wenn Deutschland höhere Preise fordert, die Schweiz zur Bezahlung der Kohle verhältnismäßig mehr einheimische Waren ins Ausland liefern muß, so daß durch die Erhöhung der deutschen Kohlenpreise der uns täglich zur Verfügung stehende Gütervorrat indirekt herabgesetzt wird. Bei allen solchen Ueberlegungen darf man nie beim einzelnen isolierten Fall stehen bleiben, sondern muß die Gesamtheit der Fälle und Wirkungen zu übersehen trachten.

Die Gesteungskosten und Transportkosten in der Schweiz sind aus ähnlichen Gründen gestiegen: Mangel an Rohstoffen, Arbeitskräften usw.

Kurzum: Das Angebot an fertigen Waren ist bedingt durch die Produktionskosten, und diese wiederum durch die Menge der Rohstoffe und Arbeitskräfte. Am Ende der langen Kette vorhanden, das heißt: Mangel. Und die Zwischenglieder nennen sich: Produktionskosten. Ja, der Mangel an Rohstoffen geht in manchen Ländern wieder zurück nicht auf eine plötzliche Kargheit der äußeren Natur, sondern auf den Mangel an Arbeitskräften. Deshalb konnten wir denn auch am 2. März ohne Bedenken schreiben: „Ueber die Ursache dieser unleugbaren Verarmung sind wir alle einig. Einmal entzog die eidgenössische Mobilisation der Herstellung körperlicher und geistiger Waren Hunderttausende von Arbeitskräften. Gleichzeitig mit dem inländischen ist auch das ausländische Warenangebot der Menge und Güte nach zurückgegangen und zwar zum einen Teil aus denselben Gründen, zum andern infolge der zahllosen Ein- und Ausfuhrverbote und sonstigen Erschwerungen des zwischenvolkswirtschaftlichen Verkehrs. Für ein Land, dessen auswärtiger Handel auf den Kopf der Bevölkerung berechnet um ein Fünftel größer war als jener Englands und mehr als doppelt so groß wie jener Deutschlands, bedeutet eine solche Einschränkung des internationalen Güterauswechsels eine ungewöhnlich empfindliche Einbuße am volkswirtschaftlichen Ertrage. Das Ergebnis der geschmälernten inländischen Warenproduktion und der beschnittenen ausländischen Zufuhr war und ist der um ein Drittel verkleinerte Konsum.“

Wir hätten einen unverzeihlichen Fehler begangen, wenn wir die unbestreitbare Erhöhung der Produktionskosten als selbständige Ursache neben der Warenverknappung in die Rechnung eingesetzt hätten. Die Doppelzählung desselben Faktors mußte vermieden werden. Also bitte! Man komme uns nicht mit Einwänden, die bei einigermaßen gutem Willen und einigem Nachdenken von jedermann selbst erledigt werden können.